

ARBEITSKREIS 2

TRANSFORMATIONSPROZESSE IN OSTEUROPA - WESTEUROPÄISCHES VORBILD UND NATIONALE IDENTITÄT

THESEN:

1. Die europäischen Gesellschaften haben seit dem 19. Jahrhundert ein Spannungsverhältnis zwischen dem Prinzip der Freiheit und dem Prinzip der Gleichheit produziert und reproduziert. Die liberale Idee der individuellen Freiheit hat das Primat der freien Entfaltung des einzelnen präferiert, ungeachtet der Tatsache, daß die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen dafür ungleich verteilt sind. So entstand mit der Industrialisierung die zugespitzte soziale Frage des 19. Jahrhunderts, in deren Kontext die sozialistische Arbeiterbewegung die Herstellung der sozialen Gleichheit in den Mittelpunkt rückte. Die kommunistische Richtung der Arbeiterbewegung zielte auf eine gewaltsame Lösung dieses Problems, unter Hintanstellung der Freiheitsrechte des einzelnen. Im Gefolge des 1. Weltkrieges, in dessen Flammen die alte europäische Welt versank, der verschärften inneren Problemlage Rußlands sowie schließlich des 2. Weltkrieges gelang es einer Reihe kommunistischer Parteien, in Ländern vor allem Osteuropas ihre Herrschaft zu errichten und ihr Gesellschaftskonzept in die Tat umzusetzen. Ungeachtet der ideologischen Gestalten der politischen und geistigen Auseinandersetzung zwischen den demokratisch-kapitalistischen Gesellschaften des Westens und den realsozialistischen Gesellschaften Osteuropas, die in vielem das 20. Jahrhundert prägten, waren letztere stets Fleisch vom Fleische der Geschichte Europas, hatten sie ihre spezifischen Wurzeln in der ganzen europäischen Geschichte.

2. Die Große Europäische Wende von 1989 brachte das revolutionäre Ende des kommunistischen Herrschaftssystems in Osteuropa. In quasi-leninistischem Sinne waren die Mehrheit der Bevölkerung in den osteuropäischen Ländern nicht mehr bereit, unter den alten Verhältnissen zu leben, die Machthaber waren nicht mehr in der Lage, unter den alten Bedingungen zu herrschen. Von wesentlicher Bedeutung war, daß die sowjetische Führung unter Gorbatschow die Rüstungslasten für das Land verringern und die imperiale Überdehnung der Sowjetunion zurückführen wollte, sowjetische Truppen standen zur Herrschaftssicherung in den anderen osteuropäischen Staaten nicht mehr zur Verfügung. Unter diesen Bedingungen erzwangen die Bevölkerungen Polens, Ungarns, dann auch der DDR und der anderen osteuropäischen Länder den Verzicht der kommunistischen Parteiführungen auf die Macht, freie Wahlen und damit den Abbruch des kommunistischen Projekts. Die Geschichte war wieder offen, die Dichotomie des 20. Jahrhunderts aufgelöst.

3. Der Sturz des kommunistischen Herrschaftssystems in den ostmitteleuropäischen Ländern erfolgte vielfach unter der Losung: "Zurück nach Europa". Die machtpolitische Spaltung Europas, die Einordnung solcher (spätestens seit dem 19. Jahrhundert) westlich orientierter Gesellschaften wie die Polens und Ungarns in das sowjetische Herrschaftsgefüge war in diesen stets als widernatürlich empfunden worden. So wurde die Beseitigung der kommunistischen Herrschaft zugleich als Abschüttelung der sowjetischen Vorherrschaft und Wiedergewinnung der nationalen Selbstbestimmung verstanden. Unter verschiedenen politischen Kräften des Westens wurde das Ende der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa angesichts dieser Rahmenbedingungen vereinseitigt als Sieg des Westens interpretiert, wurden die Resultate des "Kalten Krieges" mit Maßstäben eines "heißen Krieges", wie des Sieges im 2. Weltkrieg über Hitlerdeutschland gemessen. Gewiß, die USA hatten die Hauptlast des Wettrüstens im Verhältnis zur Sowjetunion getragen, dafür einen hohen innenpolitischen Preis in Gestalt der Rüstungsausgaben, reduzierter Sozialausgaben und einer Militarisierung der Gesellschaft gezahlt, die westlichen Länder hatten insgesamt die Lebensfähigkeit ihrer demokratischen Institutionen unter Beweis gestellt und die Überlegenheit unternehmerischen Wirtschaftens nachgewiesen.

Dennoch ist die Beseitigung der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa nicht ein Sieg des "Westens", sondern der osteuropäischen Völker, nicht ein Sieg einzelner Länder, sondern einer bestimmten Traditions- und Denklinie in der ganzen europäischen Geschichte. Ein Teil der Völker des Kontinents hat das aus der europäischen Geschichte stammende kommunistische Experiment absolviert, mit dem Ergebnis, daß die gewaltsame Lösung der sozialen Frage um den Preis der Abschaffung der Basisinstitutionen der modernen Gesellschaft desavouiert ist.

4. Die Mißinterpretation vom "Sieg des Westens" hat in der sogenannten Transformationsforschung das Grundverständnis zur Folge gehabt, daß in den "Transformationsländern" alles dann rasch gefügt

sei, wenn es gemacht werde wie im Westen. Bereits im Prozeß der deutschen Vereinigung wurde jedoch deutlich, daß demokratische Institutionen und Verfahrensweisen sowie marktwirtschaftliche Verhältnisse kulturell-sozialer Voraussetzungen bedürfen, die in der jeweiligen Gesellschaft heranreifen und wachsen sowie verankert sein müssen. Das gilt ebenso in den osteuropäischen Gesellschaften. Typologisch können - auf einer bestimmten, hohen Abstraktionsebene - demokratisch-marktwirtschaftliche Verhältnisse von autoritär-zentralverwaltungswirtschaftlichen unterschieden werden. Unterhalb einer solchen Abstraktionsebene sind jedoch die demokratischen Verhältnisse etwa der angelsächsischen Demokratien, Frankreichs oder Spaniens deutlich zu differenzieren. Insofern ist auch für Osteuropa davon auszugehen, daß die neu gewonnenen demokratischen Institutionen und Verfahrensweisen der Fundierung in der politischen Kultur des jeweiligen Landes bedürfen. Die Vielfalt demokratischer Entwicklungspfade wird weiter zunehmen.

5. Das "Westeuropäische Vorbild" ist keine Blaupause, die nur richtig zu befolgen sei, sondern ein Fundus von Anregungen, Ideen und Lösungsvarianten, die bei dem Streben um eigenständige Lösungen in Osteuropa zur Verfügung stehen. Die nationalen Spezifika, Traditionen und kulturellen Eigenheiten bestimmen darüber, ob westeuropäische Lösungsvarianten in Osteuropa hilfreich sein können, welche von ihnen auf fruchtbaren Boden fallen. Die neuen demokratischen Verhältnisse in Osteuropa werden so stabil sein, wie es die jeweils eigenen Voraussetzungen zulassen. Dieser Suchprozeß ist bei weitem nicht abgeschlossen. Nicht nur in Ostdeutschland, in ganz Mittel- und Osteuropa verläuft der Wandlungsprozeß komplizierter, langwieriger und von gegenläufigen Tendenzen begleitet, als am Beginn der 90er Jahre euphorisch erwartet. Das Verhältnis von Freiheit und Gleichheit bedarf einer neuen Ausbalancierung, zu der Osteuropa auf eigene Weise beitragen wird.

6. Die neuen demokratischen Gesellschaften im Osten Europas sehen sich vier Dilemmata gegenüber:

- Das soziostrukturelle Dilemma bewirkt, daß sich die "Leere zwischen dem Staat und dem Volk" (Dahrendorf) nur langsam füllt, und daß die Rekonstruktion von intermediärer Sphäre und Parteiensystemen eher nach ideologischen denn nach interessegeleiteten Mustern erfolgt.
- Das innere wirtschaftlich-politische Dilemma - in der Literatur als "Dilemma der Gleichzeitigkeit" (Offe) eingeführt - hat zur Folge, daß die Gestaltung moderner marktwirtschaftlicher Verhältnisse in einem gleichsam leninistischen Sinne von einem Primat der Politik, den politischen Entscheidungen der nunmehr Regierenden abhängt.
- Das Dilemma des gegen-modernen Erbes hat eine nach wie vor hohe Erwartung in die Verantwortung des Staates in sozial-politischen Angelegenheiten zur Folge.
- Das Dilemma des internationalen Kontextes verweist auf die weltwirtschaftlichen Voraussetzungen für erfolgreiche Wandlungen in Osteuropa und den politischen Willen des Westens, diese fördern zu helfen.

Erhard Crome

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft 52/53 1997,
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>